

Kurzke, Christian

Eine Druck-Sache. Politische Bildung in einer "rissigen" gesellschaftlichen Situation - Beobachtungen aus Sachsen

Forum Erwachsenenbildung 56 (2023) 3, S. 33-36



Quellenangabe/ Reference:

Kurzke, Christian: Eine Druck-Sache. Politische Bildung in einer "rissigen" gesellschaftlichen Situation - Beobachtungen aus Sachsen - In: Forum Erwachsenenbildung 56 (2023) 3, S. 33-36 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-364224 - DOI: 10.25656/01:36422

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-364224>

<https://doi.org/10.25656/01:36422>

in Kooperation mit / in cooperation with:



WAXMANN
www.waxmann.com

<http://www.waxmann.com>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

» Eine Druck-Sache

Politische Bildung in einer „rissigen“ gesellschaftlichen Situation – Beobachtungen aus Sachsen

I. Post im Briefkasten – Alltagshaltungen/ Mehrheitsverhältnisse

Neulich, in einer Kleinstadt im sächsischen ländlichen Raum: Eine öffentliche Abendveranstaltung der Evangelischen Akademie Sachsen zum Verhältnis Sachsen und Russland findet statt. Das Publikum ist auffällig zurückhaltend. Bis zur dritten Wortmeldung aus dem Publikum, eine dezidiert pro-russische Meinung. Es wird lebendig, Applaus brandet auf, viele Personen wollen plötzlich etwas sagen. Die Zurückhaltung ist erkennbar verschwunden. Lediglich die von mir zu Beginn der Veranstaltung benannten Kommunikationsregeln sorgen dafür, dass ich in der Moderation die „Kontrolle“ über den Diskurs inmitten all der pro-russischen und demokratieskeptischen Narrative behalte.

Auf eine öffentlich bekanntgegebene Entscheidung, die AfD nicht zu einem Diskussionsformat der Evangelischen Akademie Sachsen einzuladen, erreicht uns anonyme Post: „[...] Beachten Sie das, damit Sie sich nicht strafbar machen. [...]“ Oder: „[...] Sie werden deshalb zivilcouragiert behandelt. [...]“

Diese Situationen sind keine Einzelfälle, sie bilden vielmehr einen Teil des Alltags ab und sind Ausdruck eines Risses in der Gesellschaft. Ein Riss, der sich aus unterschiedlichen Haltungen, Sichtweisen, Erfahrungen und Werten speist, in der Folge mit einer maßgeblichen Wirkung auf den Zustand der demokratischen Gesellschaft. Rund ein Drittel der sächsischen Bevölkerung wählt die AfD, je nach Landstrich sind die Zustimmungsraten aber auch höher. Hinzu kommen Stimmenzuwachs für die neurechte Partei „Freie Sachsen“ und bis heute auch Stimmen für die NPD, die damit vereinzelt neben anderen neurechten Parteien in Kommunalparlamenten sitzt. Des Weiteren lassen sich je nach abgefragtem Item bis zu 45-prozentige Zustimmungsraten zu demokratieskeptischen und -feindlichen Positionen verzeichnen, die Korrelationen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremen Positionen bilden.¹ Jüngst wurde auch ein erneuter Anstieg rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe und Äußerungen verzeichnet, nicht nur die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) spricht in ihrer Studie zudem von einer „gewalttätigen rechten Raumnahme in sächsischen Schwerpunktregionen“².

Die Regionalpresse ist voll von Berichten über stete Proteste gegen Zuwanderung, gegen die Re-

gierung und anderes mehr. Meinungen und Haltungen, die sich bereits in den Köpfen verankert haben, werden so schnell nicht schwinden, schon gar nicht einfach durch eine einzelne Maßnahme der politischen Bildung. Seit dem 17. Oktober 2019 gab es im

Landtag 24 parlamentarische Anfragen mit dem Stichwort „politische Bildung“ im Titel der Anfrage, 22 davon stammen von der AfD³. In ihrem Grundtenor sprechen sich diese für eine deutliche Reduktion der Fördermittel für politische Bildung aus.

Dies ist eine grobe und unvollständige Skizze der rahmenden gesellschaftlichen Umstände der Träger politischer Bildung in Sachsen. Die Umstände haben dafür gesorgt, dass sich die Gesellschaft verbindende Selbstverständlichkeiten, wie das Vertrauen in das demokratische System, reduziert haben und Träger der politischen Bildung nicht nur vor der Aufgabe stehen, politische Bildung durch Aufklärung und Diskurs zu ermöglichen, sondern keinesfalls marginale Teile der Bevölkerung wieder an ein Vertrauen heranzuführen – sofern sie sich überhaupt noch mit Maßnahmen politischer Bildung erreichen lassen (wollen) oder nicht bereits alternativen Informationskanälen mehr Glauben schenken. Träger der Jugendarbeit berichten, dass es alltäglich geworden ist, mit jungen Menschen zu arbeiten, deren Familien und deren Bezugsgruppen Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben. Dieser Riss in der Gesellschaft ist im Alltag politischer Bildung stets wahrnehmbar.

Nicht vertieft werden können an dieser Stelle weitere gesellschaftliche Herausforderungen, auf die in Teilen auch der jüngste Sozialbericht für den Freistaat Sachsen⁴ eingeht und auf die es ebenso Antworten in Form von Perspektiven auf das gesellschaftliche Miteinander bedarf: Armutslagen, Niedriglohnsektor, Überalterung, geringeres zu vererbendes Vermögen, Arbeitskräftemangel, der sogenannte Männerüberschuss, ein hoher Zuwanderungsbedarf bei gleichzeitiger Fremdenfeindlichkeit, steigende Pflegebedarfe, Klimawandel und vieles andere mehr stehen einer verfestigten Informationsmüdigkeit gegenüber.



Christian Kurzke

Studienleiter Jugend
Evangelische Akademie Sachsen
im Dreikönigsforum Dresden
christian.kurzke@evlks.de

¹ https://efbi.de/files/efbi/pdfs/2022_0911_Leipziger%20Autoritarismus%20Studie_PDF_volle%20Studie.pdf (Aufruf: 09.06.2023)

² <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2022-6968> (Aufruf: 09.06.2023)

³ <https://edas.landtag.sachsen.de/> (Aufruf: 09.06.2023)

⁴ <https://www.sozialbericht.sachsen.de/download/sms-sozialbericht-erstattung-2022.pdf> (Aufruf: 09.06.2023)

II. Langer Atem: Geduld, Förderpolitik und Querschnittsaufgabe

Selbst mit einem plötzlichen Verschwinden der AfD aus den Parlamenten und der öffentlichen Wahrnehmung als größten Lautsprecher neurechter und demokratiefeindlicher Positionen, würde dies nicht zugleich auf die ähnlichen Haltungen und Einstellungen in der Bevölkerung zutreffen. Daher ist und bleibt die politische Bildung essenziell. In der politischen Bildung Tätige müssen sich immer wieder neu motivieren können und engagieren wollen, auch wenn schnelle gesellschaftliche Veränderungen ausbleiben. Dafür relevant ist eine nachhaltige, auskömmliche Finanzierung, die zudem frei von einem ständig wiederkehrenden Projektstatus ist, der mit einer beständigen Arbeitsplatzunsicherheit und dem damit verbundenen psychischen Druck für die einzelne Person oder die oftmals ehrenamtlichen Leitungsgremien wie Vorstände einhergeht. Es war wichtig, dass hierfür sowohl die aktuelle als auch die vorhergehende Landesregierung die Fördermittel aufgestockt haben. Gleichwohl entstehen weiterhin Situationen wie beispielsweise die folgende: Noch im Monat März des laufenden Kalenderjahres 2023 haben zahlreiche Träger und Initiativen aus den Fördermittelprogrammen „Integrative Maßnahmen“ und „Weltoffenes Sachsen“ des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales ungefähr sechs Monate nach Einreichung der Fördermittelanträge keine Bewilligungsbescheide⁵. Hier verbinden sich Projektstatus und Arbeitsplatzunsicherheit nach wie vor existenziell, und zwar entgegengesetzt der durch das Ministerium und die Landesregierung angekündigten Verfahrensweise. Zwar hat die Anzahl dieser Situationen abgenommen, jedoch sind diese Unsicherheiten in einem gesellschaftlich dringend notwendigen Tätigkeitsfeld schwer zu legitimieren, und sie schwächen auch das Vertrauen der Fachkräfte und Träger in die Strukturen. Wer die außerschulische Jugendarbeit als elementaren Bestandteil für eine lebendige und vielfältige politische Bildung versteht – und so sollte sie verstanden werden –, wird auch bei folgenden Zahlen nachdenklich: Die Evangelische Akademie Sachsen fasste jüngst in einem Trägerverbund der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung in den gemeinsamen Thesen „Von Wegen Anders – Jugendpolitik in Ostdeutschland“ den Status quo wie folgt zusammen: „Zudem sind Fachkräfte häufig prekär beschäftigt (z. B. niedrige Bezahlung, hoher Befristungsanteil insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit).“⁶ So hat zum Beispiel fast jede fünfte Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland zu 100 Prozent befristet beschäftigtes Personal, während diese Konstellation jedoch nur für sechs Prozent der westdeutschen Einrichtungen zutrifft.⁷ Auch hier sind Instrumente gegen die daraus folgende hohe Fluktuation und Fachkräfteabwanderung zu entwickeln, die ins-

besondere auch ostdeutsche Bundesländer hart treffen.“⁸ Somit wird es notwendig sein, Entscheidungstragende an ihren gesellschaftlich notwendig gewordenen Auftrag wie auch an ihre eigenen Worte zu erinnern. Exemplarisch dafür steht folgendes Zitat der Staatsministerin Petra Köpping, welches zum einen das mittlerweile erreichte gesellschaftliche Gewicht der antidemokratischen Akteur:innen andeutet, aber auch einen förderpolitischen Auftrag beinhaltet: „Deshalb ist es so wichtig, dass wir als Gesellschaft zusammenrücken und uns gegenseitig den Rücken stärken und uns helfen. Leider versuchen manche, aus den Krisen dieser Zeit eigenes politisches Kapital zu schlagen, indem sie mit vermeintlichen Abwärtsvergleichen die Schuld bei allem Fremden suchen und Dinge bekämpfen, die anders sind. Wir werden nicht kapitulieren und weiterhin all jene unterstützen und finanziell fördern, die sich für die Beratung der Opfer und für die Stärkung unseres demokratischen Miteinanders einsetzen. Es gibt keine Alternative zur Demokratie. Also werden wir sie immer stärken.“⁹ Diese in Worten formulierte Haltung ist nahezu konträr zu einer förderpolitischen Situation, die etwas mehr als zehn Jahre in Sachsen zurückliegt. Träger waren mit einer sogenannten „Demokratieklausel“ konfrontiert, welche in Sachsen auch noch einmal enger gefasst war als im bundesdeutschen Vergleich. Damit verbunden war die zwingende Notwendigkeit des Unterzeichnens eines Klauseltextes für den Erhalt von Fördermitteln. Viele Träger politischer Bildung, unter anderem auch das sächsische Landesjugendpfarramt, haben sich deutlich dagegen verwahrt.¹⁰ Es bedurfte eindeutiger Gerichtsurteile und Protestformen, bis dieses für die politische Bildung hinderliche undemokratische Förderinstrument abgeschafft wurde, wie beispielsweise die BAG Kirche und Rechtsextremismus mit einer Pressemitteilung zwischenzeitlich dokumentierte und kommentierte.¹¹

Zwar haben sich in den zurückliegenden Jahren eine politisch gewollte Fördermittelaufstockung und beispielsweise das Programm „W wie Werte“ für politische Bildung an Schulen etabliert. Ebenso haben Quantität und Qualität der Verständigung zwischen Trägern der politischen Bildung, politischen Verantwortungstragenden und ministeriellen Strukturen gewonnen. Gleichwohl sind die Förderpolitik wie auch die Trägerlandschaft in Sachsen erkennbar in der Situation, politische Bildung nachhaltig zu stärken und politische Bildung keinesfalls nur als eine Aufgabe der klassischen Träger der politischen Bildung zu verstehen, sondern diese als Querschnittsaufgabe zu gestalten und zu realisieren. Diese Aufgabe müssen die Fachkräfte als eine Notwendigkeit annehmen, sich für diese motivieren und fachlich befähigen sowie zugleich durch eine proaktive Förderpolitik dementsprechend ausgestattet sein. Sowohl die Trägerlandschaft als auch die po-

⁵ <https://www.tolerantes-sachsen.de/demokratie-initiativen-kritisieren-ausstehende-bewilligung-von-projekten/> (Aufruf: 09.06.2023)

⁶ Lewerenz, R./Jugel, D. (2022): Gut, dass mal jemand fragt – Zur Lage der außerschulischen politischen Bildung in Sachsen. In: Journal für politische Bildung, Heft 4/2022, S. 4–8.

⁷ Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht.

⁸ https://ea-sachsen.de/wp-content/uploads/2023/05/Thesenpapier_VonWegenAnders_Jugendpolitik-Ost_20230404.pdf (Aufruf: 09.06.2023).

⁹ <https://login.mailingwork.de/-viewonline2/19324/708/14/J2QDmB8d/yLe2EdTaLg/1> (Aufruf 09.06.2023).

¹⁰ <https://www.kirche-fuer-demokratie.de/75> (Aufruf 09.06.2023).

¹¹ <https://mbr-berlin.de/old/extremismusklausel-im-bund-und-in-sachsen-rechtswidrig/> (Aufruf 09.06.2023).

litischen Entscheidungstragenden müssen sich bewusst sein, dass diese Aufgabe in den kommenden Jahrzehnten eine dauerhafte und essenzielle Aufgabe bleiben wird.

III. Unter Druck: stete Drangsalierung als Ausdruck des parlamentarischen Arms der Neuen Rechten

Es ist wichtig, auch auf das parlamentarische Agieren der AfD aufmerksam zu machen. Die Vernetzung der parlamentarischen Akteur:innen mit den Akteur:innen der rechtsextremen Szene ist hinlänglich bekannt und ist eines der Argumente, dass die politische Jugendorganisation der AfD durch die Verfassungsschutzämter mittlerweile als gesichert extremistisch eingestuft und die AfD zudem als rechtsextremistische Partei eingeordnet wird.¹² Dessen unbenommen sitzt sie unter anderem in zahlreichen Landesparlamenten. So nutzt sie die Arbeitsweise der Kleinen und Großen Anfragen der Parlamente, um beispielsweise immer wieder eine Fördermittelvergabe an Träger der politischen Bildung zu hinterfragen, Informationen über diese zusammenzutragen und in ihrer dann folgenden Öffentlichkeitsarbeit mit dem verwendeten Wortgebrauch zu suggerieren, die Mittelvergabe ginge nicht mit demokratisch oder gar gesetzlich korrekten Vorgängen zu.¹³ Dies geschieht oft, teils auf einzelne Veranstaltungen reagierend. In der Folge entsteht ein notwendiger Arbeitsaufwand in den Behörden und bei den betroffenen Trägern – einerseits. Andererseits lässt sich in der Folge ein wachsender öffentlicher Druck beobachten, der dann aus Öffentlichkeitsarbeit und -kampagnen der AfD und anderer neurechter Akteur:innen folgt. Denn in Teilen der Öffentlichkeit, aber auch bei anderen politischen Akteur:innen entsteht leicht der Eindruck, dass schon irgendetwas dran sein muss an den Vorwürfen der AfD. Zudem entsteht dieser Text in einer Phase, in der die CDU erkennbar zunehmend vor allem auf kommunalpolitischer Ebene um die sogenannte Brandmauer nach rechts ringt¹⁴ und sich zugleich Teile der Partei Die Linke in ihren Narrativen denen der Neurechten annähern¹⁵.

IV. Möglichkeiten – und Notwendigkeiten

Risse sind erkennbar in den Debatten in der Gesellschaft. Risse, die teils auch Freundeskreise und Familien herausfordern. Vermeintlich Selbstverständliches ist zum Streitpunkt geworden, oft scheinen die Sprache und die Sicht auf die Dinge grundverschieden. Der Druck in der gesellschaftlichen Realität ist dementsprechend groß und überträgt sich auf die politische Bildung in Form der eingangs beispielhaft skizzierten alltäglichen Bildungssituationen einerseits. Andererseits gibt es Erwartungen an die politische Bildung, auch aus ihren Strukturen selbst heraus, diese Situation zu ändern. Die Träger



versuchen, sich dieser Entwicklung in ihren Herangehensweisen „hinterher zu entwickeln“, zu oft entsteht ein politischer Erwartungsdruck nach einem wahrgenommenen Demokratie-Defizit.

In Veranstaltungen, in denen Fachkräfte der politischen Bildung Beratung und Fachaustausch zu ihrer Arbeit erfahren, schälen sich verschiedene Notwendigkeiten und Möglichkeiten heraus, einige sollen im Folgenden aufgeführt sein:

- Handlungs- und Sprachsicherheit im Umgang mit neurechten Akteur:innen und Vorbereitung auf Vorkommnisse wie beispielsweise öffentliche Diskreditierungen;
- bilden von Netzwerken der gegenseitigen Unterstützung auch über das Handlungsfeld der politischen Bildung hinaus;
- Argumentationssicherheit, beispielsweise wenn das Neutralitätsgebot als Argument missbraucht wird;
- die Adressat:innen in ihrer Selbst- und Fremdwahrnehmung stärken – mit diesem Ansatz kann sich mit der „Angst vor dem Fremden“ auseinandergesetzt und eine Selbstermächtigung unterstützt werden;

¹² Bspw. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/pressemitteilung-2023-2-ifs-einprozent-ja.html> (Aufruf: 09.06.2023).

¹³ Hafener, Benno u. a. (2021): Die AfD und die Jugend. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt am Main.

¹⁴ Beispielsweise <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/gotha/cdu-afd-zusammenarbeit-brychcyvoigt-100.html> (Aufruf 09.06.2023).

¹⁵ Beispielsweise <https://twitter.com/CarloMasala1/status/1666694651804262403> (Aufruf 09.06.2023).

- Termine mit Beteiligung neurechter Akteur:innen intensiv vorbereiten;
- Vorhalten einer Beratungsstruktur;
- gute Narrative, gelungene und positive Entwicklungen müssen viel öfters aufgegriffen werden, auch um eine Gegenposition zu den Negativ-Narrativen zu etablieren;
- Politik muss die Trägerlandschaft und das Handlungsfeld wahrnehmbar unterstützen und diesem zur Seite stehen;
- Ermöglichung einer auskömmlichen und nachhaltigen öffentlichen Fördermittelsicherheit.

V. Sachsen – eine Aufgabe für alle

Zu gern wird über Sachsen gesprochen, aber nicht mit Sachsen. „Sachsen-Bashing“ ist leicht angewandt. Es hilft aber nicht „hier“ vor Ort. Es unterstützt nicht diejenigen, die sich engagieren und versuchen, die demokratische Gesellschaft zu stärken. Und es verstärkt ein Narrativ, welches Sach-

sen als „braunes/blaues“ Bundesland darstellt, was es nun einmal nicht ist. Es gibt deutlich wahrnehmbare und auch erfolgreiche Landnahmeversuche nicht nur der AfD, wodurch für demokratisch eingestellte Menschen und eben politische Bildung ein herausforderndes Umfeld entsteht. Prozesse, die in Sachsen nicht gelingen, und eine Demokratieskepsis beschränken sich nicht auf Bundeslandgrenzen. Es gibt Übertragungseffekte, die sowohl wirtschaftlicher als auch gesellschaftspolitischer Art sind und in ihren Auswirkungen das gesamte Land betreffen.

VI. Narrative!

Also kommen Sie nach Sachsen, reden Sie mit den Menschen in Sachsen und erzählen Sie, was hier möglich geworden ist, was gelingt, welche guten Erfahrungen gesammelt wurden, wo gelungene Projekte entstanden sind, welche wunderbar engagierten Träger der politischen Bildung es hier gibt. Und kooperieren Sie mit diesen und machen Sie diese bekannter!

» schwerpunkt: Vorurteile – Vorwürfe – Verwerfungen

Christine Zeuner

Kontroversität neu wagen!..... 11

Welche Konsequenzen ergeben sich für die politische (Erwachsenen-)Bildung, wenn man davon ausgeht, dass sich ihr Gegenstand zumeist aus gesellschaftlichen und sozialen Konflikten ableitet? Konflikte sind allgegenwärtige soziale Phänomene, sie lösen Kontroversen aus. Der Beitrag mündet in einem Plädoyer, sich (wieder) mehr auf das Wagnis von Kontroversität in politischen Bildungsprozessen einzulassen.

Hans Jürgen Luibl

Protest – Politische Bildung, die auf der Straße stattfindet. 18

Proteste sind in Bewegung gekommen, mit offenem Ausgang. Sind sie Zeichen für gesellschaftliche Brüche und die Erosion klassischer Demokratie oder Anzeichen für einen Politikwandel? Und wie ist der Protest im Protestantismus verortet? Es entwickelt sich eine neue Protestkultur und damit die Frage, wie protestaffin Evangelische Erwachsenenbildung ist.

Thomas Geisen

Streit in der Migrationsgesellschaft.

Vom Kampf gegen Rassismus und um *multicultural conviviality* 23

Migrationsgesellschaften sind einem dynamischen Wandel unterworfen und darauf angewiesen, unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse auszubalancieren. Kampf ist die Form der Auseinandersetzung, mit der divergierende Interessen aufgegriffen und zum Ausgleich gebracht werden können. In den Kämpfen vollziehen sich individuelle und soziale Lernprozesse, die durch die Bereitstellung von Bildungsräumen gestärkt werden können.

Andreas Mayert

Politische Erwachsenenbildung und identitätspolitische Herausforderungen..... 28

In diesem Beitrag wird erläutert, warum Konflikte um identitätspolitische Positionen geradezu paradigmatisch dazu geeignet sind, in Veranstaltungen einer emanzipatorischen, gesellschaftskritischen, gesellschaftspolitisch aufgeschlossenen und nicht zuletzt dem Kontroversitätsgebot verpflichteten politischen Erwachsenenbildung thematisiert, debattiert und verhandelt zu werden.

Christian Kurzke

Eine Druck-Sache.

Politische Bildung in einer „rissigen“ gesellschaftlichen Situation – Beobachtungen aus Sachsen..... 33

Der Beitrag trägt Beobachtungen zur politischen Bildung in Sachsen zusammen, skizziert ein herausforderndes Umfeld und eröffnet Umgangsweisen. Ausgangspunkt ist eine politische Bildungslandschaft, die unter gesellschaftlichem Druck steht, die Demokratie zu stärken, und deren Arbeit zugleich durch demokratieskeptische und -feindliche Entwicklungen erschwert wird.

» editorial

Steffen Kleint

Liebe Leserin, lieber Leser, 3

» aus der praxis

Florian Wenzel & Christian Boeser

Wie sich Populismus auf dem Land begegnen lässt

Das Projekt „Dorfgespräch! Für eine Dorferneuerung in den Köpfen“ 6

» europa

Lara Buchholz

Kompetenzen des 21. Jahrhunderts: Schlüsselqualifikationen für eine sich wandelnde Welt 8

» jesus – was läuft?

Hans Jürgen Luibl

Die Himmelhochstapler 9

» einblicke

Wolfgang Müller-Commichau

Meinungsbildungsprozesse in der Erwachsenenbildung fußen auf wechselseitiger Anerkennung 37

Gina Buchwald-Chassée, Manfred Riegger & Wolfgang Müller-Commichau

Nachgefragt: Expertengespräch zum Thema Anerkennung in der Bildungspraxis 40

» grundbildung

Jana Trumann

Was bedeutet Grundbildung? Rahmungen für die evangelische Erwachsenen- und Familienbildung 41

» service

Filmtipps 42

Publikationen 43

Veranstaltungstipps 51

Impressum 54



Mehr **forum erwachsenenbildung**?

Hat dieser Artikel Ihnen gefallen?

Wenn Sie regelmäßig über Bildung im Lebenslauf aus wissenschaftlicher, praxisnaher, bildungspolitischer und evangelischer Perspektive informiert werden möchten, abonnieren Sie **forum erwachsenenbildung**:

Abo bestellen Print oder online

(öffnet eine E-Mail-Vorlage an info@waxmann.com)

- Print:** 4 Ausgaben pro Jahr, Jahresabo 27,50 € zzgl. Versandkosten, inkl. Online-Zugang (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)
- Online:** 4 Ausgaben pro Jahr (PDF), Jahresabo 20,- € (freier Zugriff auf alle Ausgaben ab 2015)



www.waxmann.com/forumerwachsenenbildung

DEAE WAXMANN